

FDP Landesverband Berlin · Dorotheenstr. 56 · 10117 Berlin

Wohnprojekt  
RuT-Rad und Tat Berlin gGmbH  
Sigmaringer Str. 1  
10713 Berlin  
Per E-Mail

## Ihre Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2021

Berlin, 26. Mai 2021

**Marcel Schwemmlin**  
Landesgeschäftsführer

marcel.schwemmlin@fdp.de  
www.fdp-berlin.de

FDP Landesverband Berlin  
Dorotheenstraße 56  
10117 Berlin

T: 030 278959-0

Guten Tag Jutta Brambach,

vielen Dank für Ihre Nachricht und Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten im Land Berlin. Ihre Wahlprüfsteine darf ich wie folgt beantworten:

1.

Fragen: Was planen Sie und Ihre Partei um diesen Zustand zu verändern und benötigte personelle und finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen?  
Was plant Ihre Partei, um Abs. 2 des Artikel 3 GG umzusetzen?

Wir nehmen Ihre Wahrnehmung der Benachteiligung von „Leuchtturmprojekten für Gendergerechtigkeit“ sehr ernst. Für uns gilt das Diskriminierungsverbot von Artikel 3 Absatz 3 inklusive der zu ergänzenden Berücksichtigung der sexuellen Identität als Maßstab.

Diese steht ausdrücklich nicht im Widerspruch zu den frauenspezifischen Fördermaßnahmen des Artikels 3 Absatz 2.

Hier ist es an der öffentlichen Verwaltung in Berlin - wie auch in den letzten Jahren - mit der Förderung entsprechender Infrastruktur (z.B. durch Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten) und Projekte der Vorbildfunktion in der Gesellschaft gerecht zu werden. Auch Unternehmen der Privatwirtschaft wissen um die Vorteile gemischter Teams und eines umfassend verstandenen Diversitätsmanagements.

Die Herausforderung besteht darin, diese auch für klein- und mittelständische Unternehmen stärker als Vorteil zu vermitteln.

Grundvoraussetzung für eine Beschleunigung des Gedankens der Gleichberechtigung von Personen unterschiedlichen Geschlechts, geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung ist aber ein umfassender Ansatz der Aufklärung und Bildung für Respekt und Vielfalt in Schule und Ausbildung im Dialog mit der Selbstorganisation zum Beispiel der LSBTI-Community.

2.

Frage: Wie haben Sie und Ihre Partei vor, struktureller Benachteiligung entgegenzuwirken und dafür Sorge zu tragen, dass finanzielle Mittel für Fachprojekte in diesen Themenbereichen Lesbenprojekten und -Organisationen zukommen?

Die besonderen Bedürfnisse und Ansprüche von Lesben, Schwulen, Bi- und Intersexuellen wie auch transgeschlechtlichen Menschen im Alter müssen in Ausbildung, Forschung und Lehre zur Altenpflege sichtbar gemacht und vermittelt werden, damit Entscheidungsträger, Betreuungs- und Pflegekräfte kultursensibel agieren können. So werden ggf. vorhandene, als diskriminierend empfundene Strukturen, erkannt und abgebaut. Die offene Gesellschaft muss Vielfalt selbstbewusst als Bereicherung verstehen und vermitteln, wenn sie das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit aus Artikel 2 Grundgesetz ernst nimmt.

Das heißt auch, dass auf der Basis gemeinsamer Werte Projekte gesellschaftlicher Inklusion neben solchen der individuellen Organisation einzelner gesellschaftlicher Gruppen treten können.

Wir arbeiten und argumentieren dafür, öffentliche Mittel aus dem Bundes- und Landeshaushalt ohne Ansehung der Antragstellenden nach den allgemein geltenden Regeln des Haushalts- und Vergaberecht auszureichen. Für die Mittelbewilligung dürfen nur objektiv überprüfbare Kriterien ausschlaggebend sein.

3.

a) Was haben Sie und Ihre Partei vor, um diese Formen der Diskriminierung zu beenden und Förderstrukturen, die lesbische Frauen immer wieder benachteiligen, grundlegend zu verändern?

b) Was plant Ihre Partei, um geschlechtsspezifische Datenerhebung sowie Forschung zu den Themen Lesben im Alter und Pflege zu gewährleisten?

Die öffentlichen Universitäten sind in der Wahl ihrer Forschungsanliegen grundsätzlich frei. Wir treten dafür ein, im Dialog etwa mit den in den letzten Jahren entstandenen Lehrstühlen z.B. der Genderforschung, aber auch der medizinischen, insbesondere geriatrischen Wissenschaft spezifisches Forschungsinteressen anzumelden.

Wir sind davon überzeugt, dass die „alternde Gesellschaft“ von zusätzlichen Erkenntnissen zu den Bedürfnissen und Interessenlagen alter und insbesondere pflegebedürftiger Menschen gleich welcher kulturellen und ethnischen Herkunft, körperlicher Merkmale, sexueller Orientierung und geschlechtlichen Identität profitieren kann.

Dazu können auch spezifische Datenerhebungen beitragen, deren Alltagsnutzen aus der fachmännischen Interpretation und damit Auswertung erwachsen muss.

2.

Frage

a. Wie haben Sie und Ihre Partei vor, zukünftig zügig und mit voller Unterstützung lesbischen Frauen Grund und Boden für weitere queere Wohn- und Begegnungszentren zur Verfügung zu stellen?

- b. Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass weitere von lesbischen Frauen initiierte Projekte zum gemeinschaftlichen Wohnen und Leben zeitnah umgesetzt werden können?
- c. Wie wollen Sie Ausschreibungen gestalten, damit lesbische Frauen nicht nur gesehen, sondern entsprechend gefördert werden?
- d. Was werden Sie dafür tun, selbstbestimmte Teilhabe von lesbischen Frauen an Stadtentwicklung und Wohnungsbau zu gewährleisten?

Die FDP tritt dafür ein, dass im Dialog mit gemeinwohlorientierten landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, aber auch den Wohnungsbaugenossenschaften oder privaten Investoren günstiges Bauland für besondere soziale Zwecke erschlossen wird. Die FDP hat sich dafür eingesetzt, dass öffentliche Ausschreibungen vereinfacht und damit beschleunigt vergeben werden können. Leider hat der Senat mit zusätzlichen Vorgaben, etwa zum Vergaberecht, weiter verkompliziert und damit mutmaßlich verteuert.

Bürgerbeteiligung und damit die Berücksichtigung relevanter Trägerinnen sozialer Interessen sind uns wichtig. Sie sollen früher als bisher in den Meinungsbildungsprozess einbezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Marcel Schwemmlin  
Landesgeschäftsführer der FDP Berlin